

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL 9. JG., JULI | AUGUST 2017 | NR. 98

KOMMENTIERT
Höhere Löhne
für 40.000 Tiroler



AK Präsident Erwin Zangerl

Mit der Kraft von mehr als 3,6 Millionen Mitgliedern

Kostet wenig, bringt viel. Wer die AK schwächen will, schwächt die unabhängige Interessenvertretung der Beschäftigten. Die automatische Mitgliedschaft sichert starke Arbeiterkammern in schwierigen Zeiten und schützt die Rechte der Beschäftigten.

Die Grundsatzeinigung beim Thema Mindestlohn zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen beweist: Die Sozialpartnerschaft lebt. Durch die konstruktive Zusammenarbeit beim Mindestlohn wurde ein wichtiger Meilenstein für viele Beschäftigte erreicht. Davon werden allein 40.000 Tirolerinnen und Tiroler profitieren.

Die Sozialpartnerschaft steht aber auch für tragfähige Lösungen, von denen zwei Seiten profitieren sollen. Das Thema Ausweitung der Arbeitszeit ist zu vielschichtig und hat zu weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Arbeitnehmer-Familien, um einem generellen 12-Stunden-Arbeitstag ohne entsprechende Verbesserungen – etwa in Form von mehr Freizeit, Zeitzuschlägen oder anderen Ausgleichsmaßnahmen wie der sechsten Urlaubswoche oder Bildungskarenz – zuzustimmen. Leider war bei diesen Punkten noch keine Einigung zu erzielen. Aber es wird weiter an einer für beide Seiten zufriedenstellenden Lösung gearbeitet. Denn die Qualität einer Vereinbarung zählt mehr als die Einhaltung eines Termins. Noch dazu eines Zeitplanes, der den Sozialpartnern von einer inzwischen gescheiterten Bundesregierung aufs Auge gedrückt wurde.

KONSUMENT Vor Einbruch schützen

Der Schutz von Haus und Wertgegenständen ist aktueller denn je. Das brandneue Konsument-Buch „Vor Einbruch schützen“ bietet Aufklärung zur effektiven Abwehr von Dieben, Einbrechern und Räubern. Die Leser erhalten einen umfassenden Überblick über Schutzmaßnahmen und praktische Tipps für richtiges Verhalten. Das Buch ist in Zusammenarbeit mit Sicherheitsexperten entstanden. Es informiert über alle elektronischen und mechanischen Systeme, neue Gefahren durch das Internet und erinnert daran, dass gute Nachbarschaft ebenfalls Sicherheit schafft. Ein Serviceteil mit nützlichen Web-Seiten, Adressen von Beratungsstellen und Darstellung der wichtigsten Gaunerzinken rundet das reich bebilderte Buch ab. Mehr unter vki.at



Die Österreicherinnen und Österreicher halten die AK für unverzichtbar. Das ergeben laufende Umfragen und Analysen. Seit Jahren erhält die AK im Vergleich zu anderen Organisationen Bestnoten. Dennoch wird sie jetzt in den Wahlkampf hineingezogen. Die automatische AK Mitgliedschaft, die per Gesetz geregelt ist, soll abgeschafft werden. Die Existenz der Kammern und der Sozialpartnerschaft und die Mitgliedsbeiträge werden in Frage gestellt. AK Präsident Erwin Zangerl: „Wer die automatische AK Mitgliedschaft in Frage stellt, hat ein klares Ziel: Die Arbeiterkammer und damit auch die Rechte unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schwächen. Die Methode, eine der vertrauenswürdigsten und wichtigsten Organisationen in Österreich in den Wahlkampf hineinzuziehen und damit die Menschen zusätzlich zu verunsichern, ist zutiefst abzulehnen.“

Stark, weil automatisch dabei. Die AK ist stark, weil sie mehr als 3,6 Millionen Beschäftigte in Österreich vertritt. Und die AK setzt sich ein: Gegen horrendes Mieten, gegen ausufernde Arbeitszeiten, unfaire Arbeitsbedingungen, gegen den Kahlschlag bei den Sozialsystemen, für mehr und fair bezahlte Arbeitsplätze, für bessere Bildungschancen. Und mit mehr als 2 Millionen

Beratungen pro Jahr sorgt sie dafür, dass die Beschäftigten zu ihrem Recht kommen: Am Arbeitsplatz, im Konsumentenschutz, bei Miet- und Wohnrechtsfragen und bei der Steueranmeldung. Mehr als 530 Millionen Euro erkämpften die Arbeiterkammern für ihre Mitglieder im Jahr 2016, mehr, als an Mitgliedsbeiträgen geleistet wurde. Zudem kämpft die AK für die Interessen der Beschäftigten, etwa bei der Durchsetzung der Lohnsteuersenkung um fünf Milliarden Euro und durch die Begutachtung von jährlich fast 600 Gesetzen in Österreich und auf EU-Ebene.

Bewährte Sozialpartnerschaft. Das Modell der Sozialpartnerschaft wird in ganz Europa geschätzt und hat Österreich zu einem der reichsten Länder gemacht. Die AK ist unverzichtbarer Teil davon. Selbst die staatliche Betriebsansiedlungsagentur ABA, die Investoren nach Österreich bringen will, macht Werbung mit dem sozialen Frieden. Ohne Kammermitgliedschaft wäre aber auch die Allgemeingültigkeit von Kollektivverträgen gefährdet, weil die Betriebe nicht mehr Mitglied der Wirtschaftskammern sein müssten. Die Sozialpartner sind die soziale Klammer in unserem Land, davon profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und sie sichern unseren Wohlstand und den sozialen Frieden.

Lesen Sie mehr auf den Seiten 2+ 3

Foto: Photobank/fotolia.com

Es geht um unseren Schutz und unsere Rechte! Die AK schwächen oder sogar abschaffen: Das wollen neoliberale und populistische Parteien. Auf der Strecke bleiben werden dabei die Beschäftigten, die um ihre Rechte und viel Geld umfallen. Es geht also um Ihre Zukunft und Ihren Schutz, deshalb stellt sich die Frage:

Und wieviel AK wollen Sie?

Ohne Arbeiterkammer verlieren Tirols Arbeitnehmer...

39 Millionen

Euro, die die AK insgesamt 2016 für ihre Mitglieder erkämpft hat!

2,1 Millionen

Euro an direkten Zuwendungen an die Mitglieder allein im Jahr 2016*

9,2 Millionen

Euro, die allein im Arbeitsrecht im Jahr 2016 erkämpft wurden!



„Wenn man die AK auf Eis legen will, wer soll dann für die Rechte der österreichweit mehr als 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eintreten? Wer soll die 2 Millionen Beratungen liefern? Die neoliberalen Polit-Experten werden es mit Sicherheit nicht sein und für die Beschäftigten werden schwere Zeiten anbrechen. Deshalb sagen wir: Ja zu einer starken AK.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

Ohne AK gibt es...

- ... keinen Rechtsschutz und keine Hilfe bei allen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts
- ... keine Rechtsberatung und keine Hilfe vor Gericht
- ... keine Unterstützung bei allen Fragen rund um Lehrlinge und Jugend, Pflege und Pensionen oder Kranken- und Arbeitslosengeld
- ... keine Beratung und keine Hilfe bei allen Konsumentenschutzfragen
- ... keine Beratung und keine Hilfe beim Wohn- und Mietrecht sowie in Steuer- und Wirtschaftsfragen
- ... keine Hilfe bei Problemen mit Betriebskostenabrechnungen oder dem Steuerausgleich
- ... keine Beratung zur Weiterbildung sowie keine Weiterbildungsbeihilfen
- ... keine starke Arbeitnehmervertretung, die gegen kalte Progression, Lohn- und Sozialdumping oder Ausweitung der Arbeitszeit kämpft
- ... keine Hilfe für in Not geratene Beschäftigte und deren Familien im Rahmen des Unterstützungsfonds
- ... keine Ausbildungsbeihilfen und Beratungen für Schüler, Lehrlinge und Studenten
- ... keine Ferienaktion für Kinder
- ... keine Gratis-Nachhilfe für Lehrlinge
- ... keine Jugendprojekte
- ... keine kostengünstigen Nachhilfekurse wie z. B. die Sommerschule

Zusammenhalten!

- Die AK vertritt mehr als 3,6 Millionen Menschen.
- Die automatische Mitgliedschaft ist die Basis, damit die Beschäftigten im Match mit den Arbeitgebern stark aufgestellt sind.
- Die Mitgliedsbeiträge der Beschäftigten finanzieren die Leistungen wie die Rechtsberatung, den Rechtsschutz, die Unterstützung bei Insolvenz oder den Konsumentenschutz.
- Dank der Beiträge verfügt die AK über Top-Experten. Sie achten auf die Anliegen der Beschäftigten und helfen im Ernstfall!
- Wer die automatische Mitgliedschaft abschafft, setzt die Rechte der Beschäftigten aufs Spiel.

Die AK bringt!

- 532 Millionen Euro hat die AK österreichweit 2016 für ihre Mitglieder herausgeholt. Das ist mehr als die gesamten Beitragseinnahmen!
- Wer schnell hilft, hilft doppelt! Das gilt besonders, wenn Firmen pleitegehen. Mit ihrem Insolvenzschutzverband helfen AK und ÖGB den Beschäftigten, damit sie rasch ihr Geld bekommen.
- Die Arbeiterkammer hat zum Beispiel die Lohnsteuersenkung gemeinsam mit dem ÖGB bewirkt, die den Arbeitnehmern 2016 eine Entlastung um 5 Milliarden Euro brachte!



* Etwa im Rahmen des Unterstützungsfonds oder für Aus- und Weiterbildungsbeihilfen

Sozialpartnerschaft ist das Beste für unser Land

**AKUT
IM KLARTEXT**

Kämpfen für die Mitglieder

Klares Bekenntnis. Tirols LH Günther Platter stellt klar: *Es gibt keine Alternative zur Sozialpartnerschaft! Nur durch sie hat sich unser Land so positiv entwickelt.*

Tirols Landeshauptmann Günther Platter legt ein klares Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft und zur Mitgliedschaft in der Arbeiterkammer ab: „Es gibt keine Alternative zur Sozialpartnerschaft, wir brauchen die Sozialpartnerschaft! Alle, die die Sozialpartnerschaft als ewiggestrig abtun wollen, sollen sich einmal anschauen, wie positiv sich unser Land und unsere Republik in den letzten Jahren entwickelt haben – durch die Sozialpartnerschaft!“ Gleichzeitig warnt der Landeshauptmann auch vor einer Diskussion um die Mitgliedschaft: „Das ist der Beginn der Abschaffung der Sozialpartnerschaft. Deshalb muss man hier zusammenhalten, ganz unabhängig davon, welcher Partei man angehört!“

Wie Landeshauptmann Platter forderte die überwältigende Mehrheit der Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer (BAK) alle politischen Parteien in Österreich auf, die automatische Mitgliedschaft in den Arbeiterkammern sowie die Finanzierung der Arbeiterkammern als tragenden Bestandteil des fairen Interessenausgleichs und des sozialen Friedens uneingeschränkt anzuerkennen.

„AK und ÖGB haben die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkämpft, sie haben soziale Sicherheit für die Menschen in unserem Land errungen. Damit die soziale Sicherheit gewährleistet ist, damit Beschäftigte weiterhin Rechte haben und diese durchsetzen können, braucht es auch in Zukunft eine starke AK und damit die Beibehaltung der automatischen Mitgliedschaft aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir waren in der Vergangenheit die Mitgestalter unseres Landes. Wir werden es auch in Zukunft sein“, sagt Rudi Kaske, der Präsident der Bundesarbeitskammer.

Die einzelnen Kammern mit ihren automatischen Mitgliedschaften



Die AK ist wichtiger denn je. Im Bild von links: Bundesarbeitskammer-Präsident Rudolf Kaske (Wien), LH Günther Platter, sowie die beiden Bundesarbeitskammer-Vizepräsidenten Erwin Zangerl (Tirol) und Günther Goach (Kärnten).

ten sind traditioneller und tragender Bestandteil des österreichischen Staates. So wie die Menschen, die in einer Region wohnen, per Gesetz ihrem Bundesland angehören, werden in den Kammern Menschen einer Berufsgruppe (Arbeitnehmer, Wirtschaftstreibende, in der Landwirtschaft tätige Menschen, Angehörige der verschiedenen freien Berufe) durch gesetzliche Regelung zusammengefasst. So wie die Menschen in einem Bundesland in demokratischen Wahlen den Landtag bestimmen, wählen Österreichs Arbeitnehmer auch ihre Parlamente (Vollversammlungen) in den neun Arbeiterkammern.

Dadurch, dass alle Angehörigen einer Berufsgruppe Mitglieder ihrer Kammer sind (bei der AK sind das 3,6 Millionen Mitglieder) und ihre Vertretungen demokratisch gewählt haben, haben die Kammern die Kraft und den Auftrag, die Mit-

gliederinteressen gegenüber der Politik und den anderen Gruppen zu vertreten.

Dass die Gruppen der österreichischen Gesellschaft in den Kammern zusammengefasst sind, bringt einen friedlichen Ausgleich der Interessen innerhalb der Gruppe und einen geordneten Dialog der Gruppen untereinander und mit der Politik. Dieses System – genannt Sozialpartnerschaft – ist Garant des stabilen sozialen Friedens, den Österreich seit vielen Jahrzehnten erlebt. Anders als Lobbys, die den Interessen kleiner, oft mächtiger Gruppen verpflichtet sind, sind die Kammern mit ihrer automatischen Mitgliedschaft aller Arbeitnehmer, Wirtschaftstreibender usw. nicht nur berufen, die Interessen aller Mitglieder fair zu berücksichtigen und auszugleichen – also Gruppenegoismen möglichst entgegenzuwirken, sondern auch gesetzlich dem Gemeinwohl ver-

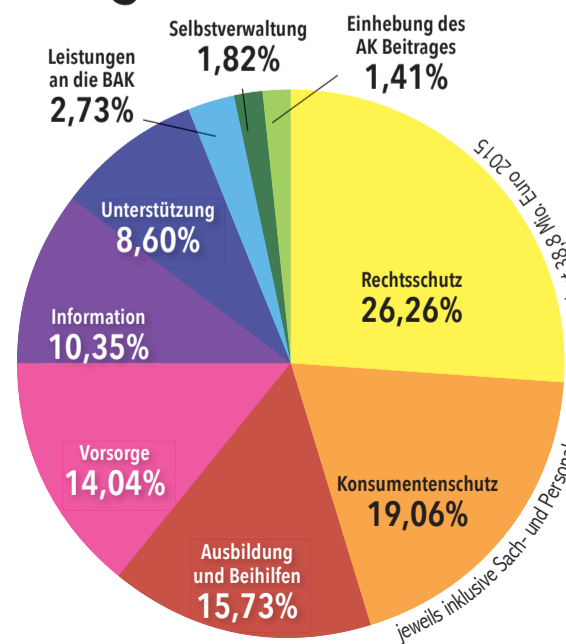
pflichtet, also dazu, im Interesse ganz Österreichs tätig zu sein. Erst die Einbeziehung aller Mitglieder, in der AK sind es die Arbeitnehmer, ermöglicht die solidarische Finanzierung aller Beratungs-, Service- und Rechtsschutzleistungen, auf die Arbeitnehmer und Konsumenten als die wirtschaftlich schwächeren Vertragspartner angewiesen sind. Und erst die solidarische Finanzierung stellt ein Gegengewicht in der politischen Interessenvertretung gegenüber den finanziell ohnedies viel besser ausgestatteten Interessenvertretungen und Lobbys der Wirtschaft sicher, damit nicht Arbeitnehmerinnen, Sozial- und Gesundheitsleistungen so wie in vielen anderen Ländern noch stärker vom globalen Kapital bestimmt werden.

Tirols AK Präsident Zangerl sagt zur aktuellen Diskussion: „Wenn man die AK auf Eis legen oder finanziell schwächen will, wer soll dann für die Rechte der österreichweit mehr als 3,6 Millionen Beschäftigten eintreten? Wer soll die 2 Millionen Beratungen liefern? Sicher nicht jene Parteien, die sich als modern oder neo-liberal bezeichnen und nichts anderes sind als Lobbyisten von Hochfinanz und Industrie, denen der Schutz und die Hilfe der Beschäftigten durch die AK ein Dorn im Auge ist. Man hat uns schon einmal abgeschafft in den unsäglichen Jahren der Zwischenkriegs- und der NS-Zeit. Die Wiedererrichtung der AK folgte kurz nach der Gründung der Zweiten Republik. ÖGB und AK haben die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkämpft, sie haben soziale Sicherheit für die Menschen in Österreich errungen. Auch heute braucht es soziale Sicherheit in unserem Land – auch in der Zukunft braucht es eine starke AK. Die automatische Mitgliedschaft in den Wirtschaftskammern ist übrigens Voraussetzung für das österreichische Kollektivvertragssystem, um das uns viele Staaten in ganz Europa beneiden. 98 % kollektivvertraglich geregelte Arbeitsverhältnisse – mit gewerkschaftlich verhandelten und erkämpften Kollektivvertragslöhnen und -gehältern vom Mindestlohnbezieher bis zur Führungskraft – das geht nur, weil durch die automatische Mitgliedschaft



alle Unternehmen einer Branche vom Kollektivvertrag erfasst werden und nicht nur freiwillige Verbandsmitglieder.“

Das geschieht mit Ihren Beiträgen



26,26 % für Ihren Rechtsschutz

Die AK Experten helfen in allen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts, zu Lehrlings- und Jugendschutz, Pflege- und Pensionsfragen, Kranken- und Arbeitslosigkeit, notfalls auch vor Gericht.

19,06 % für Konsumentenschutz

Im Konsumentenschutz, bei Wohn- und Mietrecht, Steuer- und Wirtschaftsfragen sowie bei Belangen der Pendler sind Sie sicher aufgehoben.

15,73 % für Bildung & Beihilfen

Mit Beratung zur Weiterbildung, dem BFI, Schulprojekten, Nachhilfekursen, Ausbildungsbeihilfen für Schüler, Lehrlinge und Studenten, eBooks und der Bücherei sind Sie bestens betreut.

14,04 % für Vorsorge

Die AK Tirol bildet jedes Jahr Rücklagen für laufende Investitionen, etwa für die Adaptierung ihrer Bezirkskammern, für Gerichtsverfahren und Musterprozesse und für gesetzliche Rückstellungen, wie z. B. Abfertigungen und Pensionen.

10,35 % für Information

Mit der Tiroler AZ, dem Magazin Konsument, einer Fülle an Broschüren, Infos in lokalen Medien sowie mittels AK Homepage sind Sie immer am Laufenden.

8,60 % für Unterstützung

Mit dem Unterstützungsfonds für in Not geratene Mitglieder, den Steuerspartagen, Arbeitsjubiläen, Ferienaktionen und Jugendprojekten gibt es solidarische Hilfe.

2,73 % für Leistungen an die BAK

Die Bundesarbeitskammer erbringt zentrale Leistungen wie wissenschaftliche Studien und Arbeiten für alle Länderkammern.

1,82 % für die Selbstverwaltung

Darin sind alle Ausgaben der AK für ihre gewählten Funktionäre enthalten. Die Selbstverwaltung garantiert die Unabhängigkeit.

1,41 % für die Einhebung des AK Beitrages

Die AK Mitglieder leisten ihren Beitrag automatisch im Zuge der Einhebung des Sozialversicherungsbeitrages, dafür behält die Sozialversicherung Bearbeitungskosten ein.

Durch die automatische Mitgliedschaft haben Tiroler Arbeitnehmer einen starken Partner auf ihrer Seite, der für ihren Schutz und die Durchsetzung ihrer Rechte sorgt. Der AK Beitrag beträgt im Schnitt 6,99 Euro im Monat (Geringverdienende, Arbeitsuchende und Karenzierte etwa zahlen gar keinen). Das ist weniger als ein Anwalt oder eine Versicherung kosten. Die AK holt doppelt so viel heraus, wie die Beschäftigten zahlen. Über den Unterstützungsfonds helfen alle Mitglieder in Not geratenen Arbeitnehmerfamilien. Das macht sicher, sollte man selbst unverschuldet in Notlage geraten.

AK ERHEBUNG

Pickerl: Bis 153 % Preisdifferenz

Wer demnächst bei seinem Pkw die §57a-Begutachtung durchführen lassen muss, kann bares Geld sparen. Denn die Preisunterschiede fürs Pickerl inklusive Plakette (ohne Service) betragen bis zu 153%! Soweit das Ergebnis einer Erhebung der AK Tirol. Bei Pkw mit Benzinmotor kostet es zwischen 36 und 91,20 Euro (im Schnitt 54,03 Euro), bei Dieselmotoren zwischen 44 und 97,20 Euro (im Schnitt 56,13 Euro). Im untersten Bereich liegen die Preise, die die Autofahrerclubs ihren Mitgliedern verrechnen – übrigens unabhängig von der Art des Motors: Beim ÖAMTC sind es 39,40 Euro, beim ARBÖ 44,50 Euro.

Tipp: Vergleichen Sie mehrere Angebote und fragen Sie nach, ob die Pickerlüberprüfung eventuell kostenlos ist, wenn gleichzeitig ein Service durchgeführt wird. Die AK Tirol bedankt sich bei den 120 Anbietern, die ihre Fragebögen für die Erhebung retourniert haben.

Alle Details auf www.ak-tirol.com



Foto: Industrieblick/Fotolia.com

Teures Tirol: AK ruft EU an

Handlungsbedarf. Die Experten des Brüsseler AK Büros werden die Beamten der EU-Kommission auf die Fakten aufmerksam machen und zum Handeln auffordern.

Ob Lebensmittel oder Drogeriartikel: Mehrere Preiserhebungen der AK Tirol belegen, dass Konsumenten in Tirol gegenüber jenen in Bayern die Draufzahler sind. So ergab der jüngste AK Test mit 35 Markenlebensmitteln Spannen von bis zu 170 Prozent! Klartext spricht auch die aktuelle Analyse des EU-Statistikamtes Eurostat „Vergleichende Preisniveaus“ im Konsum der privaten Haushalte zwischen 2005 und 2016. Diese lagen für Österreich 2005 mit 100 % auf dem Durchschnittswert von EU und Eurozone und für Deutschland um 2,3 Prozentpunkte darüber. 2016, elf Jahre später, rangierte Österreich auf 106,6 Punkten, während Deutschland auf nur 103,6 Punkte zulegte.

Hauptgrund sind laut Eurostat – nach Mieten und Gastronomie – die Lebensmittelpreise. Sie stiegen in diesem Zeitraum in Österreich um 5 Punkte stärker als in Deutschland und um sieben Punkte stärker als im EU-Schnitt. Damit sind sie in Ös-

terreich um 23 % höher als im EU-Durchschnitt. Grund dafür ist vor allem, dass der Lebensmittelhandel in Österreich von einigen wenigen Ketten dominiert wird, das hemmt den Wettbewerb.

„Das Brüsseler Büro der Österreichischen Bundesarbeitskammer, mit dem die AK Tirol in engem Kontakt steht, hat auf unsere Bitte hin die EU-Kommission kontaktiert“, berichtet AK Präsident Erwin Zangerl. Das Ergebnis: In den nächsten Wochen finden persönliche Gespräche mit den zuständigen Beamten statt. Zangerl: „Unsere Experten werden noch



Foto: Lebens-Bundesfotolia.com

Undurchsichtig. Höhere Preise als in Deutschland sind durch nichts zu rechtfertigen. Die EU muss handeln.

einmal auf die völlig ungerechtfertigten Preisunterschiede hinweisen und die Kommission zum Handeln auffordern.“ Diese hatte die unterschiedlichen Niveaus – gerade auch zwischen West- und Osteuropa – mit der unterschiedlich starken Wirtschafts- und Kaufkraft begründet. Für Preispannen zwischen Tirol und Bayern ist dies freilich kein Argument.

Was kann die EU-Kommission bewirken? Als Hüterin der Europäischen Verträge kann sie gegen Unternehmen vorgehen, die ihre Marktmacht missbrauchen. So verhängte sie zuletzt gegen Google eine Strafe von mehr als 2 Milliarden Euro, weil Konkurrenten bei Online-Shopping-Angeboten benachteiligt wurden. Die AK bleibt dran!

AK ANALYSE Vorsicht, Falle bei Reisestornos

Wussten Sie, dass es bei Reisebuchungen kein gesetzliches Rücktrittsrecht gibt? Wenn also der Reisende oder ein naher Angehöriger plötzlich schwer erkrankt und die Reise nicht antreten kann, fallen in der Regel Stornokosten an. Solche Fälle soll eine Reisestornoversicherung abfangen. Sie gilt prinzipiell auch als sinnvoll, gerade für lange im Voraus gebuchte oder teure Reisen.

Dass es dabei auch Probleme geben kann, zeigt eine Auswertung der Anfragen zu Reiseversicherungen bei der AK: Aufreger Nummer eins waren Unstimmigkeiten über Stornogründe. Fällt die Reise ins Wasser, weil sich z. B. ein Operationstermin verschoben hat, ist dies nicht immer von der Versicherung gedeckt. Auch chronische Leiden sind oft ausgeschlossen. Die AK Konsumentenschützer raten deshalb, die Stornobedingungen im Vertrag genau zu lesen.

Prüfen Sie

- die Stornogründe im Kleingedruckten! Es gibt übliche (Basis-Schutz), wie Erkrankung, unfallbedingte Verletzung oder Verlust des Arbeitsplatzes, und erweiterte Stornogründe, etwa das Akutwerden chronischer Erkrankungen.
- auf Ausschlüsse oder Selbstbehalte.
- die Laufzeit des Vertrages und etwaige Kündigungsklauseln.

DIGITALE MEDIEN Regeln fürs Handy



Foto: skumen/Fotolia.com

Weniger ist mehr! Das gilt auch für Smartphones in Kinderhänden. So könnte man das Ergebnis einer Studie des Kölner Instituts für Medizinökonomie und Versorgungsforschung in aller Kürze zusammenfassen. Denn laut dieser Studie neigen Kinder, die täglich und lange ein Smartphone nutzen, öfter zu Konzentrationsstörungen und Hyperaktivität. Andererseits sind Smartphones in den Haushalten mittlerweile allgegenwärtig und die Kinder auch dauernd damit konfrontiert. Die AK Experten empfehlen den Eltern daher, klare Regeln festzulegen, wie oft die Kinder das Smartphone verwenden dürfen – so, wie dies für die Internet-Nutzung generell gelten sollte. Weitere Infos gibts auf www.saferinternet.at Die Initiative, die auch von der AK unterstützt wird, ist Ansprechpartner für Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer für den sicheren, kompetenten und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien.



Foto: dekanaryas/Fotolia.com

ZUCKERFALLEN IM KÜHLREGAL 70 % der Milchprodukte sind zu süß

Milch und Milchprodukte sind gesund und liefern Eiweiß, Calcium, B-Vitamine etc. Deshalb empfiehlt das Gesundheitsministerium eine Portion Käse und zwei Portionen Milchgetränke bzw. Joghurt zu je ca. 200 ml pro Tag – möglichst fettarm.

Doch die Österreichische Diabetes Gesellschaft schlägt Alarm: Obwohl Milchprodukte maximal 12 g Zucker pro 100 ml bzw. g enthalten sollten, versteckt sich in vielen mehr Zucker als in so mancher Limonade. Soweit eine Studie des Vorsorgeinstituts SIPCAN, das in Österreich 1.229 Milchprodukte

zum Trinken und Löffeln untersucht hat: Mehr als 70 % sind zu süß. Joghurt, Topfcremes und Milchdesserts enthalten durchschnittlich 13,38 g Zucker pro 100 g (3,5 Zuckerwürfel), Molke oder Milchmischgetränke 10,96 g Zucker (2,9 Zuckerwürfel). „Gerade Fertig-Lebensmittel sind wahre Zucker-Fallen“, warnen die AK Konsumentenschützer. Ihr Tipp: Angaben auf der Packung beachten, auch Begriffe wie Dextrose oder Maltose stehen für Zucker. Und Joghurt & Co. am besten selbst mit Früchten zubereiten. Die Weltgesundheitsorganisation rät zu täglich maximal 50 g Zucker, zu denen auch der natürliche Zuckergehalt der Milch von durchschnittlich 4,6 g pro 100 ml zählt.

Mehr auf www.oedg.at

Endlich Aus für den Regress

AK Erfolg. Im Pflegefall greifen die Länder auf Ersparnisse oder Haus- und Wohnungseigentum der Betroffenen zurück. Damit ist ab 1. Jänner Schluss. Eine soziale Staffelung oder eine Pflegeversicherung waren aber kein Thema.

Die Arbeiterkammer Tirol begrüßt die Abschaffung des Pflegeregresses in der stationären Pflege. AK-Präsident Erwin Zangerl: „Damit ist unsere langjährige Forderung erfüllt worden.“ Derzeit beziehen 454.000 Menschen in Österreich Pflegegeld, 40.000 davon können nicht zu Hause gepflegt werden, sondern werden in Pflegeheimen betreut. Dabei ist viel zu oft die Vermögensfalle zugeschnappt. Hier haben die Bundesländer, um Kosten zu decken, beim Privatvermögen zugegriffen. Oft hängt es vom Zufall ab, wann Menschen pflegebedürftig werden und ob dann noch Vermögen vorhanden ist, auf das zurückgegriffen wird.

Wer Ersparnisse besitzt oder sich Wohnungseigentum geschaffen hat, das – auch für die Angehörigen – eine wichtige Sicherheit darstellt, wird bestraft: Dieses oft kleine und bescheidene Vermögen wird angetastet. Zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es hier noch dazu große Unterschiede. Damit soll nun ab 1. Jänner Schluss sein. Nicht vergessen werden sollte jedoch auch auf die ambu-



Mehr soziale Gerechtigkeit. Das Aus für den Pflegeregress ist eine wichtige Verbesserung für alle Betroffenen.

lante Pflege. Hier gibt es teilweise hohe Selbstbehalte. Geschieht hier nichts, dann drängen die Betroffenen früher in die stationären Pflegeeinrichtungen.

Wie unbefriedigend die Situation bisher war, zeigt ein aktuelles Beispiel. Dabei ging es um fragwürdige Klauseln in Heimverträgen der Innsbrucker Sozialen Dienste (ISD), die die Juristen der Arbeiterkammer Tirol rechtlich tätig werden ließen. Es wurde ein Abmahnverfahren eingeleitet und in der Folge insgesamt 14 Vertragsklauseln abgemahnt. In diesem Verfahren erhielten die AK-Experten in allen Punkten Recht! Die ISD haben zu sämtlichen abgemahnten Klauseln fristgerecht eine Unterlassungserklärung abgegeben und sich verpflichtet, im geschäftlichen Verkehr mit Verbrauchern in Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Vertragsformblättern die Verwendung dieser Klauseln sowie die Verwendung sinngleicher Klauseln zu unterlassen sowie sich auf diese Klauseln und sinngleiche Klauseln nicht zu berufen. Der Fall konnte zum Nutzen der Heimbewohner positiv abgeschlossen werden.

BROSCHÜRE Pflegebedarf, was nun?

Wenn ein Familienmitglied plötzlich pflegebedürftig wird, stellt dies alle von heute auf morgen vor ganz neue Herausforderungen und verändert das gewohnte Leben – sowohl für den Betroffenen als auch für die Angehörigen. Dann müssen meist schnell viele Fragen geklärt werden, etwa zu Förderungen, Unterstützungsangeboten, Hilfsmitteln etc. Die AK-Broschüre „Pflegebedarf – was nun? Unterstützungsangebote, steuer- und sozialrechtliche Hinweise, Vertretungsbefugnisse“ ist ein hilfreicher Begleiter in dieser schwierigen Situation. Mit ihr haben AK-Mitglieder und deren Familien alle wichtigen Informationen zur Hand. Einfach kostenlos anfordern unter Tel. 0800/22 55 22 - 1645 oder herunterladen auf www.ak-tirol.com

AK Tirol
IMPRESSUM
AK TIROLER ARBEITERZEITUNG - AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol,
6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7

Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn,
Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch,
Mag. Henrik Eder, Armin Muigg

Fotos: AK, www.fotolia.com

Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck,
Ing. Etzelstraße 30

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Neue Wege in der Pflege

Rasch handeln. Die AK Tirol fordert faire Entlohnung, mehr Personal für Spitäler und Pflegeheime und eine verpflichtende Basisqualifikation in der 24-Stunden-Betreuung.



Pflege ist mehr als warm, satt und sauber! – Das fordern Betroffene und Angehörige, aber auch Beschäftigte, die pflegen. Denn der Druck, unter dem sie stehen, ist enorm: Immer sollen sie ein offenes Ohr haben und stehen fast ständig unter Zeitdruck. Gleichzeitig werden die großen körperlichen und menschlichen Belastungen noch verstärkt durch eine stetig dünner werdende Personaldecke: Aktuell kommen auf 1.000 Menschen in Österreich 7,8 Beschäftigte in der

Krankenpflege. Österreich liegt damit deutlich unter dem EU-Schnitt von 9,7.

Schlüssel-Frage. Weil die Träger von Spitälern und Pflegeheimen die Personalplanung frei gestalten können, wird oft so knapp kalkuliert, dass für Gespräche mit Patienten, Krankenstände oder Einschulungen kaum Raum bleibt.

Doch die Zeit drängt. In den nächsten Jahren werden noch mehr Pflegekräfte benötigt. Deshalb braucht es jetzt klare Standards bei der Personalplanung, die eine gute und menschliche Pflege ermöglichen. „Wir dürfen die Pflege nicht kaputtsparen. Das geht auf Kosten

von Beschäftigten und Patienten“, warnt AK-Präsident Erwin Zangerl. „Vielmehr muss uns gute Pflege auch etwas wert sein: Bestmögliche Ausbildung, eine entsprechende Entlohnung und Arbeitsbedingungen, die Beschäftigte nicht in die Erschöpfung treiben.“

24-Std.-Betreuung. Umdenken heißt es auch in der 24-Stunden-Personenbetreuung. Denn immer wieder zeigt sich, dass nicht nur die Deutschkenntnisse der Betreuungskräfte mangelhaft bis nicht vorhanden sind. Auch das Wissen über unser Sozialversicherungssystem oder den Unterschied zwischen Pflege und Betreuung ist erschreckend gering, ebenso wie zu Ernährung und Erkrankung im Alter oder den Umgang mit an Demenz erkrankten Personen.

„Die AK Tirol fordert eine verpflichtende Grundausbildung für die Betreuungskräfte, die in Österreich absolviert bzw. anerkannt werden muss“, betont Zangerl. Denn Unkenntnis kann zu Überforderung führen und auch dazu, dass Tätigkeiten übernommen werden, für die die Betreuungskräfte nicht ausgebildet sind. Die Probleme bringt dann der Alltag, wenn die Betreuten etwa Druckgeschwüre mit starken Schmerzen erleiden.

Deshalb beteiligt sich die AK Tirol am internationalen Projekt „sole24ore“, das Wege für eine bessere Qualifikation entwickelt.

Tipp: eBooks für Gesundheitsberufe

Von der „Ethik in der Pflege“ bis hin zur „Förderung der kommunikativen Fähigkeiten bei Demenz“: Breit ist das Angebot an Literatur für nichtmedizinische Gesundheitsberufe, die als eBooks in der digitalen AK-Bibliothek bereit steht. Und so kommen Sie zu den gewünschten Fachbüchern: Auf www.ak-tirol.com rechts auf „AK Bibliothek Tirol“ klicken, dort finden sie alle Details zum Leihen und Lesen sowie in der Spalte rechts „Unser digitales Angebot“ mit „Sammlung für nichtärztliche Gesundheitsberufe“ (Punkt 4). Außerdem gibts in der AK-Bücherei in Innsbruck weitere Fachbücher zum Entleihen.

NEWS AK GREIFT EIN

Mehr Wissen für Ihre Sicherheit

Die Arbeiterkammer Tirol hilft ihren Mitgliedern auf zahlreichen Informationskanälen, zu ihrem Recht zu kommen.

AM SMARTPHONE: In der AK App „Frag uns“ gibts das Lexikon Arbeitsrecht. Einfach kostenlos im App Store und auf Google Play downloaden.

IM INTERNET: Auf tirol.arbeiterkammer.at unter Beratung/Arbeit & Recht findet man Erstinfos zu den wichtigsten arbeitsrechtlichen Fragen.

AUF FACEBOOK: Besuchen Sie uns auf [facebook.com/AKTirol](https://www.facebook.com/AKTirol).

MIT VIDEOS: Werden meine Überstunden richtig abgerechnet? Wann darf ich mir Urlaub nehmen? Antworten dazu geben die AK Job-Clips auf tirol.arbeiterkammer.at unter Service/Videos/Arbeitsrecht.

MIT BROSCHÜREN: Ihre Rechte am Arbeitsplatz, geringfügige Beschäftigung, Arbeits- und Ruhezeit und vieles mehr – kostenlos anzufordern unter 0800/22 55 22 – 1300 oder als Download auf tirol.arbeiterkammer.at

AM TELEFON: Unter der kostenlosen AK Hotline 0800/22 55 22 – 1414 sind die Arbeitsrechtsexperten für Sie erreichbar.

PERSÖNLICH: Vorbeikommen in der AK in Innsbruck und den Bezirkskammern in Imst, Kitzbühel, Kufstein, Landeck, Lienz, Retz, Schwaz und Telfs. Hier gibts persönliche Beratung.



Tipptopp beim Recht im Job

Gerechtigkeit muss sein, vor allem auch am Arbeitsplatz: Doch die Realität sieht leider oft ganz anders aus. Damit Beschäftigte Bescheid wissen und nachlesen können, was erlaubt ist, und wo sie aufpassen müssen, gibts die leicht verständliche AK Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“.

Darin finden Arbeitnehmer das Wichtigste zu Arbeitsvertrag, Dienstzettel, Urlaubsrecht, Krankenstand, geringfügiger Beschäftigung, Abfertigung, Betriebsübergang, Pflegefreistellung, Kündigung oder Entlassung. AK Mitglieder können die handliche Broschüre einfach herunterladen auf www.ak-tirol.com oder kostenlos anfordern unter Telefon 0800/22 55 22 – 1432. Denn nur wer sein Recht kennt, kann es auch durchsetzen! Und wenn es Unklarheiten oder Probleme gibt, einfach direkt bei den AK Juristen nachfragen unter 0800/22 55 22 – 1414 oder vorbeikommen in der AK Tirol in Innsbruck oder in Ihrer Bezirkskammer.



Foto: Aliza-Studio/Fotolia.com

Damit es am Arbeitsplatz fair zugeht

Schutzmacht. Viel versprechen, hart arbeiten lassen und dann zu wenig zahlen: Wenn der Chef unfair ist, verhilft die Arbeiterkammer den Beschäftigten zum Recht.

Carmen war Receptionistin in einem großen Hotel in Osttirol. Als ihr Dienstverhältnis beendet war, erhielt sie ihre Endabrechnung. Die kam ihr aber doch ziemlich niedrig vor. Sie wandte sich an die AK Lienz. Und das war gut so. Der dortige Jurist kontrollierte die Abrechnung und siehe da: Es fehlte das anteilige Weihnachts- und Urlaubsgeld. Immerhin 430 Euro bekam Carmen nachträglich ausbezahlt und ein Dienstzeugnis.

Recht muss Recht bleiben

Wer streitet schon gerne oder zieht gar vor Gericht? Aber wer kann es sich schon leisten, auf Geld, das einem zusteht, zu verzichten? Auch Arbeitnehmer haben Rechte. Aber die müssen oft hart erkämpft werden. Hier helfen die AK Arbeitsrechtsexperten den Tiroler Arbeitnehmern mit Rat und Recht, notfalls auch vor Gericht.

131.000 Kontakte

Das zeigt die Bilanz der AK Tirol im Bereich Arbeitsrecht. Rund 99.700 Mal haben im vergangenen Jahr Beschäftigte bei den Arbeitsrechtsexperten der AK Tirol um Rat gefragt, per Telefon oder in der persönlichen Beratung, in der Zentrale in Innsbruck oder in einer der acht AK Bezirkskammern. Weitere 18.480 erhielten über das Betriebs-

service Auskunft und Hilfe, 12.810 in der Jugendabteilung. Längst nicht in allen Fällen kommt es zum Prozess. Vielfach genügt eine Auskunft oder ein Brief der AK und die Unternehmen lenken in einer Auseinandersetzung ein.

9 Millionen Euro

Meist geht es dabei um Gelder, die den Arbeitnehmern vorenthalten wurden. Die Arbeitsrechtsexperten konnten im abgelaufenen Jahr mehr als 9 Millionen Euro für die AK Mitglieder erkämpfen.

Langes Sündenregister

Wenn die Arbeiterkammer so oft kontaktiert wird, wirft das auch ein Schlaglicht auf das Klima in manchen Betrieben. Mit den Arbeitnehmerrechten ist es leider nicht immer so gut bestellt: Überstunden nicht ordentlich abgerechnet, das Entgelt nicht pünktlich am Konto, Sonderzahlungen vorenthalten, Kündigungsfristen nicht eingehalten. Das Sündenregister ist lange. Immer mehr Betroffene müssen um den nackten Lohn bangen, den sie bereits erarbeitet haben.

Fadenscheinig

Wenn von Unternehmerseite dann argumentiert wird, das seien nur Einzelfälle im Promillebereich, dann sprechen die Summen, die die AK für die Ar-

beitnehmer erkämpft hat, eine andere Sprache: 9 Millionen Euro in Tirol, mehr als 200 Millionen Euro in ganz Österreich pro Jahr!

Für manche Unternehmer mag dies vielleicht nicht der Rede wert sein. Aber für die Arbeitnehmer und ihre Familien ist dieses Geld die Existenzgrundlage! Wenn der Lohn ausbleibt, die Abrechnung nicht stimmt, Überstunden nicht ausbezahlt werden, müssen die Fixkosten, wie Wohnung, Betriebskosten oder Kreditraten trotzdem bedient werden.

Als Ständesvertretung der Arbeitnehmer geht es uns um jedes einzelne Schicksal und um den Schutz der Beschäftigten und der guten Betriebe vor schwarzen Unternehmerschafen. Zum Glück gibt es in unserem Land nur wenige. Damit es auch so bleibt, schaut die AK drauf, dass die Regeln eingehalten werden.

AK verhalf zu 1.400 Euro

Erfolg. Immer wieder fordern Arbeitgeber bei Jobwechsel Ausbildungskosten von Mitarbeitern zurück. Doch nicht immer zu Recht. Das zeigt ein Fall der AK Imst.

Anton war Bauarbeiter bei einer Oberländer Firma. So ganz zufrieden war er mit seiner Arbeitsstelle nicht. Er bekam ein besseres Jobangebot und kündigte. Als er seine Endabrechnung erhielt, staunte er nicht schlecht. Da waren doch glatt 1.400 Euro für die Kosten seiner Sprengfugtenausbildung abgezogen.

Das wollte Anton so nicht akzep-

tieren und suchte Rat bei der AK Imst. Und das war auch gut so. Der Arbeitgeber musste die 1.400 Euro wieder an seinen früheren Mitarbeiter zurückbezahlen. Denn Ausbildungskosten dürfen nur dann zurückverlangt werden, wenn dies schriftlich vereinbart wurde. Und das war nicht der Fall. Anton war froh um die professionelle Hilfe der AK Imst.

Ausbildungskosten

Immer wieder kommt es bei Jobwechsel zu derartigen Rückforderungen von Ausbildungskosten. Dies muss jedoch zwingend schriftlich vereinbart sein. Seit dem Jahr 2016 gibt es bei neu abgeschlossenen Rückersatzvereinbarungen außerdem rechtliche Verbesserungen. Hat der Arbeitgeber eine Ausbildung finanziert, kann er

die Kosten nur noch vier Jahre lang zurückfordern. Neu ist auch, dass die Summe Monat für Monat niedriger wird. Bisher war es zulässig, ein volles Jahr verstreichen zu lassen, bevor eine Minderung eintrat.

Bleibt zu hoffen, dass es mit den neuen Regelungen für den Arbeitgeber nicht mehr so leicht ist, Beschäftigte unter Druck zu setzen, die den Arbeitgeber wechseln wollen.

GANZ SCHÖN FRECH

Für Schnupperwoche mit 100-Euro-Gutschein abgespeist

Sachen gibts, die glaubt man kaum. Maria aus Schwaz hatte sich bei einer Firma beworben. Eine Woche probeweises Schnuppern wurde ihr zugesagt. Sie wollte die Arbeitsstelle, also hat sie sich eine Woche ordentlich angestrengt und aktiv mitgearbeitet. Doch die Firma entschied sich für eine andere Bewerberin. Als „Dankeschön“ gabs für Maria einen Warengutschein in der Höhe von 100 Euro. Schon ganz schön frech, fand Maria und wandte sich an die AK Schwaz. Nach einigem Hin und Her wurde Maria ordentlich bezahlt. Immerhin 500 Euro hat sie bekommen und eine nachträgliche An- und Abmeldung zur Sozialversicherung.

Foto: valiza14/Fotolia.com

Unfair für so Arbeit bei die Über ist b

Dem Lehrling die Überstunden nicht bezahlt

... Dass Verfallsfristen auch für Lehrlinge gelten, gehört fort abgeschafft. Dass Arbeitgeber ihren in Ausbildung befindlichen Mitarbeitern Überstunden nicht bezahlen, ist besonders rücksichtslos.

Bernd war ein interessierter und auch fleißiger Lehrling im Gastgewerbe. Während seiner gesamten Lehrzeit von immerhin drei Jahren arbeitete er nach Dienstplan und leistete regelmäßig jede Woche Überstunden. Und dies, obwohl Überstunden bei Minderjährigen gesetzlich verboten sind. Aber die hat er nie bezahlt bekommen. Als Bernd dann nach erfolgreicher Lehrabschlussprüfung auch noch unterkollektivvertraglich bezahlt wurde, wandte er sich an die AK Landeck. Die nicht bezahlten Überstunden der gesamten Lehrzeit und alle weiteren wurden eingefordert, ebenso wie die korrekte Entlohnung als Facharbeiter nach der Lehrabschlussprüfung. Wie der AK Jurist jedoch bereits befürchtet hatte, hat der Steuerberater des Arbeitgebers von Bernd mit dem lapidaren Verweis auf die geltenden Verfallsfristen von vier Monaten die Überstundenentlohnung für den Großteil der dreijährigen Lehrzeit zurückgewiesen. Das waren schlechte Nachrichten für Bernd. Aber er war bereits beim ersten Gespräch in der AK Landeck auf diese sogenannten Verfallsfristen aufmerksam gemacht worden.

Verfallsfristen

Nicht bezahlte Ansprüche wie Lohn, Gehalt oder Überstunden verjähren grundsätzlich nach drei Jahren. ABER: Viele Kollektiv- oder Arbeitsverträge sehen vor, dass arbeitsrechtliche Ansprüche rasch verfallen. Das

kann Beschäftigte viel Geld kosten, weil sie ihre offenen Ansprüche – etwa Überstunden – nur für den kurzen Zeitraum innerhalb der Verfallsfrist gegenüber dem Arbeitgeber geltend machen oder sogar einklagen müssen. Werden diese Fristen versäumt, sind die Ansprüche erloschen. Bisweilen betragen diese Fristen nur drei Monate oder wie im Gastgewerbe vier Monate. Und leider gelten diese kollektivvertraglichen Verfallsregelungen auch für Lehrlinge. Werden minderjährige Lehrlinge rechtswidrig zu Überstunden herangezogen und werden diese wiederum rechtswidrig vom Arbeitgeber nicht bezahlt, so ist auch ein minderjähriger Lehrling gezwungen, bei seinem rechtswidrig handelnden Lehrherrn innerhalb kurzer Frist seinen Anspruch auf Bezahlung der Überstunden schriftlich geltend zu machen.

Endlich abschaffen

Die AK fordert seit Jahren die Abschaffung dieser kurzen Verfallsfristen! Denn sie machen den Beschäftigten schwer zu schaffen und bedeuten allzu oft, dass sie um viel Geld umfallen. Denn Arbeitnehmer wagen oft aus Angst um ihre Arbeitsstelle keine Auseinandersetzung um unbezahlte Überstunden. Dass diese Verfallsfristen aber auch für Lehrlinge gelten, ist besonders perfide. Welcher in Ausbildung befindliche junge Mensch wird es wagen, von seinem Lehrherrn schriftlich die Ausbezahlung seiner Überstunden zu fordern?

Verfallsfristen gehören generell abgeschafft, für Lehrlinge sind sie besonders ungerecht! Es soll für alle Ansprüche aus Arbeitsverhältnissen die einheitliche dreijährige Verjährungsfrist gelten. Die AK wird weiter dranbleiben und für die Abschaffung der Verfallsfristen kämpfen.

Für Bernd machte sich der Weg zur AK Landeck dennoch bezahlt. Immerhin musste ihm sein früherer Chef insgesamt 3.400 Euro bezahlen: Das war die Vergütung sämtlicher nicht verfallener Überstunden sowie der Anspruch auf Entlohnung nach dem gültigen Kollektivvertrag.

CHECK IM ERNSTFALL

Mit der AK auf der sicheren Seite

Die erste und kompetente Anlaufstelle bei Fragen und Problemen rund ums Arbeitsrecht ist die AK Tirol. 50 Arbeitsrechts-Profis der AK in Innsbruck und den acht Bezirkskammern sind für Sie da.

INFORMIEREN. Kostenlose Information und Beratung erhalten alle AK Mitglieder bei arbeitsrechtlichen Fragen und Problemen. Immer mehr Beschäftigte erkundigen sich über ihre Rechte im Betrieb und wollen einfach gut informiert sein. Quer durch alle Bereiche des Arbeitsrechts gehen die Fragen, von Lohnabrechnung und Überstunden über Krankenstand, Pflegefreistellung bis hin zu Kündigung, Entlassung und Abfertigung.

TELEFON. Drei Viertel der Ratsuchenden erhalten gleich am Telefon die gewünschte Auskunft: Rasch und kompetent. Wenn es kompliziert wird, heißt es die Sach- und Rechtslage genau prüfen, Ansprüche kontrollieren und neu berechnen, schreiben, intervenieren, verhandeln und im Notfall zu Gericht gehen.

VOR RICHTER. Kaum jemand prozessiert gern, viele könnten es sich gar nicht leisten. Dann ist es besonders beruhigend zu wissen, dass die AK ihren Mitgliedern unter bestimmten Voraussetzungen auch vor Gericht kostenlos zur Seite steht.

HILFE BEI KONKURSEN. Bei großen und kleinen Insolvenzen wie Konkurs- oder Sanierungsverfahren steht eine eigene Einsatzgruppe vom Betriebsservice als Krisenfeuerwehr mit Rat und Tat für die betroffenen Mitarbeiter zur Verfügung: Die ausstehenden Gehälter werden eingebracht, um zumindest die drängendste wirtschaftliche Not zu lindern. Es wird auch über Arbeitsstiftungen verhandelt.

Die kostenlose Hotline zur kompetenten arbeitsrechtlichen Auskunft und Hilfe: 0800/22 55 22 - 1414. Oder vorbeikommen in der AK Tirol in Innsbruck oder in einer der Bezirkskammern vor Ort in Imst, Kitzbühel, Kufstein, Landeck, Lienz, Reutte, Schwaz und Telfs.

Probezeit: Das gilt

So nicht. In der Probezeit das Dienstverhältnis aufgelöst, aber keinen Lohn bezahlt: AK verhilft Reinigungskraft zu 700 Euro!

Herta hatte einen neuen Job bei einer Reinigungsfirma. Noch in der Probezeit wurde das Dienstverhältnis von ihrem Chef aufgelöst. Sie bekam aber weder eine Abrechnung noch einen Cent Lohn. Und das, obwohl sie knapp drei Wochen voll gearbeitet hatte. Sie wandte sich an die AK Tirol in Innsbruck. Der zuständige Jurist wurde sofort tätig und forderte für Herta bei ihrem ehemaligen Arbeitgeber ihre offenen Ansprüche ein. Sie erhielt die ihr zustehenden 700 Euro und war froh um die prompte Hilfe der AK. Im Zusammenhang mit der Probezeit gibt es immer wieder Fragen und auch Probleme. Hier die wichtigsten Informationen:

Wer ein neues Arbeitsverhältnis beginnt, muss oft eine Probezeit absolvieren. In dieser Zeit kann das

Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Einhaltung einer Frist oder eines Termins von beiden Seiten aufgelöst werden. Es muss auch kein Grund für die Auflösung angegeben werden.

Dauer. Lehrlinge haben eine 3-monatige Probezeit. Für alle anderen gilt: Höchstens einen Monat. Es gibt Kollektivverträge, die eine kürzere Probezeit vorsehen. In diesem Fall kann diese auch nicht durch Einzelvereinbarung verlängert werden. Der Kollektivvertrag muss im Betrieb an einem für Sie zugänglichen Ort aufliegen.

Auflösung. Wenn das Arbeitsverhältnis in der Pro-

bezeit gelöst wird, endet es mit dem Zugang der Erklärung. Die Aufklärungserklärung muss dem Vertragspartner spätestens am letzten Tag der Probezeit zugehen. Ein Sonntag als letzter Tag verlängert die Frist nicht! Bei Beginn des Dienstverhältnisses am Monatsersten dauert die einmonatige Probezeit nur diesen Monat, zum Beispiel vom 1. Februar bis zum 28. Februar.

Bezahlung. In der Probezeit stehen das vereinbarte Entgelt und die Urlaubersatzleistung bis zum Zeitpunkt der Lösung zu. Was Sonderzahlungen betrifft: Hier sind die Bestimmungen im Kollektivvertrag wesentlich.



Foto: ave_mario/fotolia.com



AK erreicht Urteil für Kreditnehmer Präsident Zangerl kritisiert Missmanagement der Banker

Voller Erfolg. Eine Verbandsklage im Auftrag der AK Tirol gegen die Hypo Tirol Bank führte jetzt zu einem richtungsweisenden OGH-Urteil: Die Bank muss negative Zinssätze bei Verbraucherkrediten berücksichtigen. Während die Hypo Tirol Bank einlenkt, sträuben sich andere Banken noch. Dagegen will die AK vorgehen.

Eine Verbandsklage im Auftrag der AK gegen die Hypo Tirol Bank brachte einen Stein ins Rollen, der zur Lawine wurde. Nach einem aktuellen OGH-Urteil müssen Banken negative Zinssätze bei Verbraucherkrediten berücksichtigen und unzulässig kassierte Zinsen rückerstatten. Die Hypo Tirol Bank hat mittlerweile mitgeteilt, dass sie die zuviel verrechneten Zinsen automatisch rückerstatten und alle betroffenen Kunden nach erfolgter Rückerstattung per Kontoauszug verständigen wird, andere heimische Banken sträuben sich noch.

Für AK Präsident Erwin Zangerl eine Frechheit: „Auch die Bankmanager haben sich an die Rechtsprechung zu halten. In Zeiten der Krise kommt das Geld der Steuerzahler gerade recht, wenn es aber darum geht, Vorteile weiterzugeben, wehrt man sich und spricht sogar von Mit-

arbeiterabbau aufgrund dieses Urteils. Das ist nicht zu akzeptieren. Dagegen werden wir uns im Sinne der Kunden und Bankangestellten wehren.“ Zangerl fordert daher die heimischen Bankmanager auf, allen betroffenen Kreditnehmern die zuviel verrechneten Zinsen automatisch zurückzuerstatten und nicht gegen die Konsumenten und Bankmitarbeiter zu arbeiten.

Urteil gilt für alle Banken

Die im Auftrag der AK Tirol eingeleitete Verbandsklage gegen die Hypo Tirol Bank führte zu einem richtungsweisenden Urteil, das klar sagt: Alle Banken müssen negative Zinssätze bei Verbraucherkrediten berücksichtigen. Während die Hypo Tirol Bank bereits zugesichert hat, die zuviel verrechneten Zinsen automatisch zurückzuerstatten, sprechen andere heimische

Bankinstitute jedoch von einem reinen „Hypo-Urteil“. Für AK Präsident Zangerl ist diese Argumentation unverständlich und fern jeder moralischen Haltung: „Das Urteil lässt hier keinen Spielraum für Interpretationen, es gilt für alle betroffenen Banken“.

Zumal mittlerweile bereits weitere Urteile des OGH die Rechtsansicht der AK Tirol bestätigt haben und damit eine gefestigte Rechtsprechung vorliegt, sodass weiteren Ausreden manch betroffener Bank mit Nachdruck entgegenzutreten ist.

Manager arbeiten gegen Kunden und Mitarbeiter

AK Präsident Zangerl kann der Haltung der Bankmanager wenig abgewinnen: „Es zeigt sich, dass man hier ganz klar gegen die Interessen der Kunden gearbeitet hat und ungeniert weiterarbeiten will.

Wenn die Bank schon vom negativen Zinsniveau profitiert, sollten die Manager so viel Anstand besitzen und diesen Vorteil weitergeben. Einerseits kassiert und spekuliert man, andererseits werden Kunden übervorteilt, um nicht zu sagen, abkassiert. Und fühlt sich das Management ungerecht behandelt, wird mit dem Abbau von Bankmitarbeitern gedroht.“ Zangerl geht auch davon aus, dass Banken den Erfolg, den die AK für tausende Konsumenten erreicht hat, als geschäftsschädigend hinstellen werden, um damit den Abbau von Mitarbeitern zu rechtfertigen. „Darauf werden wir jedoch genau achten und jeden Manager vor den Vorhang bitten. Denn so ein Vorgehen zeugt nicht nur von totalem Missmanagement, sondern auch von einer Moral, die ebenso negativ ist, wie das Zinsniveau, von dem man jetzt über Jahre profitiert hat“, so Zangerl.

Der AK Präsident fordert daher auch alle anderen Banken auf, die eine wie vom OGH festgestellte, rechtlich unzulässige Vorgehensweise gewählt haben, ihre Kreditnehmer von sich aus zu informieren und die unzulässig kassierten Zinsen zurückzuerstatten. Zangerl: „Wie mittlerweile bekannt sein dürfte, schrecken wir nicht davor zurück, juristische Schritte zu setzen. Wenn sich Banken weigern, wird das auch in diesem Fall nicht anders sein.“

Noch Fragen?

Bei Fragen zum aktuellen Urteil des OGH bzw. im Falle, dass sich Banken weigern, zu viel verrechnete Zinsen zu erstatten, stehen die Experten der AK Tirol unter der kostenlosen Nummer 0800/22 55 22 - 1818 zur Verfügung.

Alle Details auf www.ak-tirol.com



Foto: Sabphoto/Fotolia.com

Äger über Ticket-Portal

Online-Nepp. Irreführendes Auftreten, intransparente Preispolitik, horrenden Kosten: Das schweizerische Ticket-Portal viagogo.at arbeitet mit unsauberen Mitteln. Die AK warnt.

Bei den Konsumentenschützern der AK Tirol häufen sich derzeit Beschwerden über das schweizerische Unternehmen Viagogo AG, welches die Website viagogo.at betreibt: Dem Unternehmen wird irreführendes Auftreten und intransparente Preispolitik vorgeworfen.

Irreführend

Beim Besucher der Website viagogo.at wird der Eindruck erweckt, es handle sich um ein autorisiertes Ticket-Verkaufsportal. Nur wer die Bestimmungen im Kleingedruckten studiert, erfährt, dass es sich bei viagogo.at um eine Online-Ticketbör-

se handelt, auf welcher Mitglieder so genannte Zweitmarkt tickets kaufen und verkaufen können. Ein Kaufvertrag kommt deshalb nicht mit der Viagogo AG, sondern direkt zwischen dem jeweiligen Käufer und dem Verkäufer zustande. Dieser Umstand, und folglich auch die Identität des eigentlichen Vertragspartners, wird dem Käufer jedoch regelmäßig nicht offengelegt.

Intransparente Preisgestaltung

Beim Bestellvorgang wird nur versteckt darauf hingewiesen, dass sich die angegebenen Preise exklusive Mehrwertsteuer und Nebengebühren verstehen, sodass Käufer beim Erhalt der Bestellbestätigung von horrenden Zusatzkosten, wie z. B. Bearbeitungsgebühren überrascht werden. Auch werden die Tickets regelmäßig weit über dem regulären Kaufpreis verkauft, wobei der Originalpreis dem Verbraucher beim Kauf nicht ersichtlich gemacht wird.

Zahnlose „100%-Garantie“

Die Viagogo AG verspricht den Käufern, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, nämlich rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn, gültige Tickets zu erhalten. Diese Garantie wird in den AGB des Unternehmens jedoch wesentlich eingeschränkt: Die Viagogo AG lässt es sich nämlich – nach eigenem Ermessen – offen, den Betroffenen vergleichbare Karten zu schicken oder das Geld zu erstatten. Auch was unter vergleichbaren Karten zu verstehen ist, will die Viagogo AG „ausschließlich nach eigenem Ermessen“ bestimmen.

Probleme mit gekauften Tickets

Einige Konsumenten berichten davon, von der Viagogo AG Tickets erhalten zu haben, welche aufgrund falscher Personalisierung oder Sperre durch den Veranstalter nicht zum Eintritt berechtigten. Im Fall von Reklamationen ist das Unternehmen für betroffene Kon-

sumenten häufig schwer bzw. gar nicht erreichbar.

Die AK Konsumentenschützer raten generell zur Vorsicht beim Kauf von Veranstaltungstickets über Online-Kartenbörsen, denn:

- Der Betreiber einer Kartenbörse tritt regelmäßig nur als Vermittler auf. Der direkte Vertragspartner ist meist ein privater Verkäufer. Daher sind solche Geschäfte risikobehafteter und betrugsanfälliger.
- Wenn möglich, sollten Tickets nur bei offiziellen Veranstaltungspartnern gekauft werden. Wer auf diesem Wege keine Karten mehr erhält, muss besonderes Augenmerk auf die Seriosität des Zweitmarkt-anbieters legen.
- Zweitmarkt tickets werden auf Kartenbörsen meist zu erheblich teureren Preisen verkauft. Erkundigen Sie sich daher beim Veranstalter über den regulären Verkaufspreis, sodass Sie einen Vergleichswert haben.

In der AK Bibliothek gibt es Urlaubslektüre seitenweise

Gratis lesen & hören. Vom Krimi bis zum Sprachkurs, von Kinderbüchern bis zu DVDs: Mehr als 80.300 Bücher, Zeitschriften, Filme, Hörbücher und vieles mehr stehen in der Bücherei der AK Tirol in Innsbruck bzw. online bereit.

Nichtstun heißt ja nicht, dass ich nichts tue. Nichtstun heißt, die falschen Dinge sein zu lassen.“ – Wann, wenn nicht jetzt in der Urlaubszeit, sollten sich die Menschen das Credo des preisgekrönten Autors Björn Kern aus seinem Buch „*Das Beste, was wir tun können, ist nichts*“ (Fischer Taschenbuch, 2016) zu Herzen nehmen und die freien Tage mit den „richtigen Dingen“ genießen.

Und dazu gehören für ganz viele Bücher! Ob in gedruckter Form, als eBooks oder Hörbücher: Sie bringen Abenteuer und Entspannung unabhängig vom Ort, an dem die schönsten Wochen im Jahr verbracht werden.

Sommer-Tipps. Das Team der AK Bibliothek in Innsbruck hat für alle Bücher- und Filmfreunde eine kleine Auswahl zusammengestellt. Sie macht Lust auf das riesige Angebot mit mehr als 80.300 Medien aus verschiedensten Genres, die in der Bücherei bzw. online für alle Tiroler

kostenlos zur Verfügung stehen. Romane, Krimis, DVDs, mp3 und Hörbücher für Kinder und Erwachsene, Lesestoff für die Jüngsten, Sprachlernmedien, Sachbücher oder 90 Zeitschriftenabos: In der Bücherei der AK Tirol in Innsbruck und im Online-Katalog wird garantiert jeder fündig.



Für Kinder. Die DVD „*Winnetous Sohn*“ (Universum Film, 2015) macht selbst einen verregneten Tag zum Erlebnis, wenn der kleine Max unbeeinträchtigt trainiert, um das Casting für die Karlmay-Festspiele zu bestehen. Spaß für lange Autofahrten

gibt's im Buch „*Sitzen drei Igel im Gummiboot. Die schönsten Sommerwitze*“ (cbj-Verlag 2017, ab 8 Jahren).

Nervenkitzel bringt Isabella Archans Krimi „*Auch Killer haben Karies*“ (Emons-Verlag, 2017), wenn Dr. Leocardia Kardiff, einer Zahnärztin mit Sprit-



zenphobie, ausgerechnet beim Rendezvous mit Hauptkommissar Zimmer ein Toter buchstäblich vor die Füße fällt.

Spannung & Sprachen. Mit „*Gli arancini di Montalbano. Das Hörbuch zum Sprachenlernen mit ausgewählten Kurzgeschichten*“ (Digital publishing, 2010) lesen und hören Sie Bestseller-Literatur von Andrea Camilleri und begleiten seinen sizilianischen Commissario Montalbano, wenn er verzwickte Fälle auf unkonventionelle Art löst (mit Audio-CD, Textbuch und CD-ROM).

Gut zu wissen. Das Fotografieren hat Sie immer schon fasziniert? Dann lesen Sie nach in Thomas Kaisers „*Der Start in die Naturfotografie. Landschaft, Tiere und Pflanzen gekonnt in Szene setzen*“ (Humboldt-Verlag, 2017). Ambitionierte Gärtner mit Balkon finden in

Cinead McTernans „*Der essbare Garten in einem Topf. Köstliche Rezepte – zusammen gepflanzt, zusammen gekocht*“ (AT-Verlag, 2016) 25 Pflanzrezepte sowie 25 abwechslungsreiche Gerichte.

Unterhaltung bringen auch DVDs wie „*Hotel Rock'n'Roll*“ (Falter-Verlag 2017, ab 16 J.), Michael Ostrowskis Abschluss von Michael Glawoggers „*Sex, Drugs & Rock'n'Roll*“-Trilogie mit boulevardeskem Showdown in der steirischen Pampa.

Magazine und Zeitschriften dürfen auch nicht fehlen. Von der neuen „*Flow. Eine Zeitschrift ohne Eile, über kleines Glück und das einfache Leben*“ (Gruner + Jahr) über „*Cicero. Magazin für politische Kultur*“ (Res Publica-Verlag) oder „*Geo-*

Saison. Das Reisemagazin“ (Gruner + Jahr) und *Men's Health* (Rodale-Motor-Presse) bis hin zu „*Philosophie. Magazin*“ (Philosophie Magazin-Verlag) und vielen weiteren Zeitschriften: Hier gibt's Interessantes für jeden Geschmack. Und das macht Lust auf mehr.



Hier gehts rund um die Uhr zum Online-Lesespaß

Gerade im Urlaub sind eBook & Co. besonders praktisch, weil Dank Smartphone, Tablet oder eReader viel Lesestoff auch im kleinsten Handgepäck Platz findet. In der AK Bibliothek stehen bereits rund 40.300 der insgesamt 80.300 Medien in digitaler Form bereit. Damit zählt sie zu den größten und erfolgreichsten öffentlichen digitalen Bibliotheken Österreichs.

38.000 Medien sind eBooks, die Hälfte davon zählt zur Unterhaltungsliteratur. Natürlich sind auch aktuelle Bestseller wie „*Die Spur des Lichts*“ von Andrea Camilleri oder „*Die Geschichte der Bienen*“ von Maja Lunde erhältlich. Daneben gibt es

Ratgeber, Sach- und Fachliteratur und Kinder- und Jugendbücher. Bei vielen der rund 1.000 Reiseführer kann das gesamte Kartenmaterial im Offline-Betrieb genutzt werden. Außerdem finden Leser eJournals sowie rund 2.500 Medien für Kinder und Jugendliche: Zu den beliebtesten Titeln zählen die „*Coming of Age*“-Literatur, Fantasy-Serien wie „*Throne of Glass*“ sowie „*Gregs Tagebuch*“.

Groß ist auch die Nachfrage nach dem jüngsten Neuzugang, den 197 mp3-Sprachkursen in 16 Sprachen. Besonders beliebt sind derzeit Italienisch, Englisch und Spanisch, aber auch Dänisch oder Chinesisch finden sich im Angebot.

ÖFFNUNGSZEITEN

Auch während der Sommermonate können Sie Ihre Urlaubslektüre in der AK Bibliothek in der Innsbrucker Maximilianstraße 7 zu den gewohnten Öffnungszeiten kostenlos ausleihen:

Mo und Mi	9 bis 18 Uhr
Di und Do	9 bis 16 Uhr
Fr	9 bis 12 Uhr

Das umfangreiche kostenlose Online-Angebot der digitalen Bibliothek ist via Download auf www.ak-tirol.com rund um die Uhr nutzbar. Hier finden Sie auch alle Infos zum Registrieren, Leihen und Lesen.

NIEDRIGVERDIENER

Steuerguthaben gibts automatisch

Mit Ende Juni startet die Automatische Arbeitnehmerveranlagung (AAV). Sie ist erstmals für das Steuerjahr 2016 möglich.

Dieses Service gilt nur, wenn bis 30. Juni kein Antrag auf Lohnsteuerausgleich vorliegt, mit einer Gutschrift zu rechnen ist und die Steuergrenze von 11.000 Euro jährlich nicht überschritten wird. Davon profitieren Menschen mit geringem Einkommen oder Mindestpension. Auch die Negativsteuer wird automatisch ausgezahlt: Niedrigverdiener, die Sozialversicherung, aber keine Lohnsteuer zahlen, erhalten bis zu 400 Euro zurück, Pensionisten 110 Euro. Betroffene werden vorab vom Finanzamt schriftlich informiert. Abzugspositionen können fünf Jahre nachgereicht werden.

Achtung: Die Neuerung dürfte Ursache für das Gerücht sein, dass der Steuerausgleich für 2016 bis 30. Juni zu machen sei und sonst Einbußen drohen. Doch daran ist nichts Wahres!

Den Steuerausgleich selbst durchführen müssen alle, die in den letzten zwei Jahren Ausgaben wie Krankheits- oder Kurkosten abgesetzt oder Kinderfreibeträge genutzt haben bzw. wenn neben Gehalt oder Pension weitere Einkünfte vorliegen oder die 11.000-Euro-Steuergrenze überschritten wird.

Die AK Steuerexperten helfen unter Tel. 0800/22 55 22 - 1466.

Aus für kalte Progression

Es ist 5 vor 12. Weiter Zankapfel auf Regierungsebene ist die kalte Progression. AK Präsident Zangerl: „Wir fordern alle Parteien auf, sich endlich zu einigen und die Familien zu entlasten!“

Vom abgeschafften Pflegeprogress bis zur Uni-Finanzierung: Plötzlich, wohl angesichts der Wahlen im Herbst, wird in vielen Bereichen eine Einigung möglich. „Deshalb fordern wir alle Parteien auf, endlich auch einen Weg zur Abschaffung der kalten Progression zu finden“, betont AK Präsident Erwin Zangerl. Die „kalte Progression“ ist eine versteckte

Steuererhöhung, mit der sich der Finanzminister durchs Hintertür pro Jahr zusätzlich stolze rund 450 Millionen Euro holt. Damit zahlt jeder Steuerpflichtige derzeit jährlich real automatisch mehr Steuern – nicht nur jene, die in eine höhere Steuerstufe rutschen. Weil die Steuerstufen nicht an die Inflation angepasst wurden, wirken sich etwaige Lohnerhöhungen am Konto bestenfalls marginal aus.

Zangerl: „Diese ungerechte Gesetzgebung gehört jetzt abgeschafft! Wenn den Menschen mehr vom erarbeiteten Geld bleibt, sichert das den Wohlstand in unserem Land und wirkt sich auch positiv auf die Wirtschaft aus“, erläutert der AK Präsident. Aktuelle Prognosen der Institute IHS und

Wifo belegen, wie rasch sich solche Reformen in der Konjunktur bemerkbar machen: Prognostizieren diese doch ein Wirtschaftswachstum zwischen 1,7 und 2,4 %. Alle drei Faktoren – Konsum, Exporte und Investitionen – entwickeln sich laut der Forscher höchst positiv. Und dieses Wachstum kommt nicht etwa aus dem Ausland! Es basiert – allen Unkenrufen zum Trotz – auf den positiven Auswirkungen der Steuerreform, für die sich AK und ÖGB erfolgreich eingesetzt haben: Dank Steuerreform haben die Österreicher mehr Geld im Börserl – und geben es auch aus.

Mehr als 880.000 Österreicher hatten das Aus für die kalte Progression bereits im Rahmen der erfolgreichen Unterschriften-Aktion zur Lohnsteuersenkung von AK und ÖGB gefordert. Auch beim Protest der AK gegen die kalte Progression im Herbst 2016 haben

Tausende mitgemacht. „Jetzt ist es Zeit für eine faire Lösung!“, so Zangerl.



NEWS PERSONALIA

ÖGB Tirol: Neue Führungsspitze



Foto: ÖGB/Tom Basse

Der vize-Landesgeschäftsführer Philip Wohlgemuth steht neu an der Spitze des ÖGB Tirol. Wohlgemuth folgt Otto Leist nach, der der Tiroler Gewerkschaftsbewegung während der letzten sieben Jahre vorgestanden hatte. Der 30-jährige Innsbrucker Wohlgemuth ist gelernter Hotelkaufmann und der Gewerkschaftsbewegung seit 15 Jahren verbunden. „Um in Zukunft am Arbeitsmarkt positiv zu bestehen, müssen wir einen Blick Richtung altersgerechte Arbeitsplätze und Gesundheit am Arbeitsplatz werfen“, so Wohlgemuth. Außerdem muss zusätzliches Geld in die aktive Arbeitsmarktpolitik fließen, ebenso in soziale Infrastruktur wie Pflege und Bildung. Wohlgemuth spricht sich auch für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus sowie für eine Attraktivierung der Lehrausbildung. „Dafür ist auch ein Zusammenrücken der Arbeitnehmervertretungen und der Sozialpartner in Tirol besonders wichtig“, sagt der neue ÖGB Tirol-Chef.

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA

DARUM BRAUCHT ES DIE ARBEITERKAMMER

Erwin Zangerl, AK Präsident

Wer sagt, es braucht keine AK?

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Zwei Millionen Beratungen österreichweit, davon mehr als 1,3 Millionen in den Bereichen Arbeit, Soziales und Insolvenz, 372.000 im Konsumentenschutz, 206.000 im Steuerrecht und 43.000 im Bereich Bildung allein im Jahr 2016: Wer sagt, es

braucht keine AK, der hat vom Arbeitsleben keine Ahnung. Denn wer hilft nach Pleiten, bei Problemen am Arbeitsplatz, in Pensions- und Steuerfragen? Und wer setzt sich für Bildung und Konsumentenschutz ein? In der AK erhält jedes Mitglied Hilfe durch Experten, Information und bei Bedarf auch Rechtsschutz und das für einen durchschnittlichen solidarischen Beitrag von knapp 7 Euro pro Monat. Von den mehr als 3,6 Millionen Mitgliedern sind 816.000 überhaupt vom Beitrag befreit, etwa Arbeitssuchende, Eltern in Karenz, Lehrlinge oder geringfügig Beschäftigte. Sie alle profitieren auch von jüngsten Erfolgen, die auf das Engagement der AK zurückzuführen sind, wie Mindestlohn, Lohnsteuerreform, Fachkräftestipendium, Verbesserungen beim Lohn- und Sozialdumping oder – ganz aktuell – vom Urteil zu den Negativzinsen. Allein diese Beispiele zeigen, dass wir eine starke Ständesvertretung sind, in der jeder seinen Beitrag leistet und dafür auch vielfach Leistung zurückbekommt. Genau deshalb sind wir auch manchen neoliberalen Strömungen ein Dorn im Auge!

Christian Hauser, Fraktionsvorsitzender

Das Sprachrohr für die Beschäftigten

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen



Ja zur AK: 2 Millionen Beratungen in ganz Österreich sprechen eine klare Sprache. Über 500 Millionen Euro wurden österreichweit für die über 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erkämpft.

Es wurde 2016 zu mehr als 244 Gesetzen und Verordnungen auf Landesebene und 345 auf Bundesebene Stellung genommen. Gemeinsam mit dem ÖGB vertritt die Arbeiterkammer auch die Arbeitnehmerinteressen in der Sozialpartnerschaft. Genau dort ist die AK Partner des ÖGB, der mit der Wirtschaft Kollektivverträge, Arbeitsbedingungen und Gehälter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausverhandelt. Die Sozialpartnerschaft ist ein wichtiger politischer Akteur beim Zustandekommen von Gesetzen in den Bereichen Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Preispolitik und Konsumentenschutz. Sie leistet durch Konsensfähigkeit, Interessenausgleich und koordiniertes Vorgehen einen wesentlichen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum und sozialem Frieden in Österreich. Die AK Tirol und der ÖGB Tirol sind maßgebliche Player in der Sozialpartnerschaft und deshalb ein klares „Ja“ zu dieser für die Gesellschaft so wichtigen Einrichtung.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

AK springt ein, wenn Not am Mann ist!

Grüne in der AK



Wenn es die AK nicht schon gäbe, dann müsste man sie erfinden. Mit einem kleinen monatlichen finanziellen Beitrag kann kostenlos eine Fülle von Hilfen, Beratungen und Informationen

in Anspruch genommen werden. Oft hilft alleine schon das Wissen über die eigenen Rechte, um nicht über den Tisch gezogen oder übervorteilt zu werden. Viele würden überhaupt um ihre Ansprüche und manchmal viel Geld umfallen, weil sie sich nie ein notwendiges Gerichtsverfahren leisten könnten. Die AK springt ein, finanziert den Prozess und trägt das Risiko. Die AK gewährt aber auch finanzielle Unterstützungen für Bildung, bei der Wohnraumbeschaffung und in sozialen Notlagen. Und die AK ist politisch aktiv, damit die Lage und die Probleme der Beschäftigten Gehör finden und bei Gesetzen berücksichtigt werden.

Dass die Arbeiterkammer sehr erfolgreich ist, beweist auch, dass FPÖ, NEOS und Teile der ÖVP die AK schwächen und letztendlich vernichten wollen. Zu ihrem Recht kommen dann nur mehr jene, die entsprechend viel Geld haben. Wehren wir uns dagegen!

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Rettungsanker und kompetenter Partner

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Für viele Arbeitnehmer ist die AK der Rettungsanker bei Auseinandersetzungen oder Unstimmigkeiten mit ihrem Arbeitgeber. Als Beratungsstelle für viele Lebensbereiche wie Steuerrecht, Konsumenten-

schutz, Bildung, Arbeit, Soziales oder Insolvenz ist die AK ein kompetenter Partner. Über 300.000 Beratungen wurden 2016 durchgeführt: Telefonisch, persönlich, oder schriftlich wurde Hilfe geleistet. 39 Millionen Euro wurden 2016 für Mitglieder nach Pleiten, bei Problemen am Arbeitsmarkt, in Pensionsfragen, in Steuerfragen oder im Konsumentenschutz herausgeholt. Jedes der 352.190 Mitglieder hat ein Recht auf Beratung beziehungsweise Vertretung durch die AK Tirol. Dass die Pflichtmitgliedschaft daher für viele ein „rotes Tuch“ ist verwundert nicht, diese 39 Millionen mussten ja von jemandem bezahlt werden. Die Pflichtmitgliedschaft wird in Wahlkampfzeiten als Thema aufs Tapet gebracht, um Lobbyisten von Wirtschaft und Industrie zufriedenzustellen und um die Sozialpartnerschaft zu zerstören. Daher sagen die Freiheitlichen Arbeitnehmer Tirol, im Sinne der Arbeitnehmer, „Ja“ zur AK und „Ja“ zur Pflichtmitgliedschaft. Denn nur gemeinsam sind wir stark!



Lernen im Sommer. Mit der AK Sommerschule sind alle Schüler, die auf einen Nachzipf lernen müssen oder ihre Noten verbessern wollen, auf der sicheren Seite.

FACTS VOLLER ERFOLG

Mehr Geld fürs Studium

Die AK hat immer wieder eine Erhöhung der Studienbeihilfen gefordert, damit sich auch Kinder von Durchschnittsverdienern ein Studium ohne Nebenjob leisten können. „Es kann nicht sein, dass eine höhere Ausbildung nur Familien mit einem entsprechend dotierten Haushaltseinkommen vorbehalten bleibt. Ein Zugang zum Studium muss prinzipiell allen offenstehen“, betont AK Präsident Erwin Zangerl.

HÖHERE STUDIENBEIHILFE

Anfang Juni dann die Erfolgsmeldung. Da beschloss der Nationalrat, dass die Studienbeihilfen erhöht werden. Die Höchstbeihilfe für Studierende, die bei den Eltern wohnen, wird von maximal 424 auf maximal 500 Euro im Monat angehoben. Die Höchstbeihilfe für Selbsterhalter oder beispielsweise Vollwaisen oder Studierende, deren Eltern nicht am Studienort wohnen, steigt von maximal 606 auf 715 Euro im Monat. Der davon errechnete Beihilfenbetrag ist um 12 % zu erhöhen. Studenten ab 24 Jahren erhalten dazu einen monatlichen Zuschlag von 20 Euro, ab 27 Jahren jeweils 40 Euro.

Gleichzeitig wurde auch ein weiteres Problem gelöst, das die AK ebenfalls aufgezeigt hatte: Weil die Berechnungsgrundlagen in den letzten Jahren nicht an die Inflation angepasst wurden, hatten zuletzt immer weniger Studierende überhaupt Anspruch auf eine Beihilfe. Mit entsprechenden Auswirkungen: Während etwa die Mieten immer nach der Inflation erhöht wurden, stagnierten die Studienbeihilfen. Dadurch waren aber immer mehr Studierende gezwungen, nebenbei zu arbeiten. Was wiederum oft Ursache dafür war, dass sie länger fürs Studium brauchten und dadurch eher den Anspruch auf Beihilfe verloren.

Jetzt wurden die Absetzbeträge für die Bemessungsgrundlage angehoben, so haben wieder mehr Studenten Anspruch auf eine Studienbeihilfe.

Und die AK will weitere Verbesserungen: regelmäßige Inflationsanpassung der Beihilfen, einfachere Berechnung und eine höhere Altersgrenze für Selbsterhalter.

Sonne, Fun & Sommerschule

AK Tirol hilft beim Lernen. Am 7. August starten die Kurse in Deutsch, Mathe, Latein, Englisch, Französisch, Italienisch und Rechnungswesen. Rasch anmelden bis 21. Juli!

Für viele Schüler ist es jetzt Gewissheit: Alles Strebern, viel Ärger, Hoffen und Bangen waren vergebens. Der Fleck im Jahreszeugnis bleibt, und die Wiederholungsprüfung im Herbst ist fix. Andere, die die Kurve gerade noch gekratzt haben, müssen sich damit abfinden, dass an mancher schlechten Note einfach nicht mehr zu rütteln war.

Trotzdem ist das kein Grund zum Verzagen und schon gar nicht für verpatzte Sommerferien! Denn mit der AK Sommerschule sind alle Schüler, die auf einen Nachzipf lernen müssen oder ihre Noten verbessern möchten, auf der sicheren Seite. „Mit diesem hochwertigen kostengünstigen Nachhilfe-Angebot unterstützen wir die Jugendlichen in ganz Tirol beim Bewältigen des Lehrstoffs und die

Arbeitnehmerfamilien, die sich teure Nachhilfe sonst nicht leisten könnten“, betont AK Präsident Erwin Zangerl.

Sieben Hauptfächer. Die Kurse starten am Montag, 7. August, und finden bis Freitag, 1. September, jeweils vormittags in den Bezirksstellen des BFI Tirol statt. Angeboten werden die Fächer Deutsch, Mathematik, Latein, Englisch, Französisch, Italienisch und Rechnungswesen. Jeder Schüler kann bis zu zwei Fächer belegen. **Anmeldeschluss ist am Freitag, 21. Juli.**

Teilnehmen können Jugendliche ab der 5. Schulstufe – auch jene, die fürs neue Schuljahr ihre Noten verbessern möchten. Sie alle profitieren nicht nur von der Erfahrung der gut ausgebildeten Pädagogen, sondern auch vom Unterricht in

Kleingruppen. Da bleibt genügend Raum für individuelle Gestaltung, und bei einem eigenen Workshop

gibts hilfreiche Tipps zum selbstorganisierten Lernen.

KURSORTE & ANMELDUNG

BFI Tirol in Innsbruck, Tel. 0512/59660-0
BFI Imst, Tel. 05412/63805
BFI Landeck, Tel. 05442/62829
BFI Reutte, Tel. 05672/72728
BFI Schwaz, Tel. 05242/66063
BFI Kitzbühel, Tel. 05356/63699
BFI Kufstein, Tel. 05372/61087
BFI Lienz, Tel. 04852/61292 - 23

Mitglieder der AK Tirol zahlen für ein Fach 195 Euro, zwei Fächer kosten 295 Euro (sonst 275 bzw. 395 Euro). Mindestteilnehmerzahl erforderlich. Weitere Informationen erhalten Sie auf ak-tirol.com oder auf bfi.tirol

AK fördert und hilft. „Eine gute Ausbildung wird immer wichtiger, um sich später auch eine sichere Existenz aufbauen zu können. Deshalb ist es der AK Tirol auch ein so großes Anliegen, dass die Kinder und Jugendlichen bestmöglich gefördert werden“, so Zangerl.

Die AK engagiert sich aber nicht nur auf politischer Ebene für Verbesserungen und fordert den Ausbau von schulischer Nachmittagsbetreuung und Förderunterricht. Dank der solidarischen Beiträge aller Mitglieder kann sie die Arbeitnehmerfamilien auch direkt unterstützen, etwa mit Beihilfen sowie hochwertigen Nachhilfeangeboten, die sich alle leisten können.



GEWINNEN MIT DER AZ

RAINHARD FENDRICH WIEDER AUF TOUR

Austro-Pop-Legende in Kufstein

Seit mehr als 30 Jahren begeistert Rainhard Fendrich Fans im In- und Ausland und warum das so ist, wird der Pop-Barde auch während seiner „Schwarzoderweiss“-Tour 2017 unter Beweis stellen. Fendrich nimmt die Zuhörer mit auf eine Reise durch seine Karriere, die vor mittlerweile über 30 Jahren begann. In dieser Zeit komponierte der gebürtige Wiener mehr als 700 Lieder und erhielt dafür 24 Mal

Gold, 27 Mal Platin sowie weitere zahlreiche Auszeichnungen, darunter auch den World Music Award. Seine Ausnahmekarriere nutzt der Entertainer auch immer wieder dazu, um in seiner Musik auf Missstände hinzuweisen. Deshalb liegen ihm auch Charity und Wohltätigkeits-Konzerte für verschiedene Projekte besonders am Herzen, und es ist für ihn selbstverständlich, dass er sich für solche Aktionen Zeit nimmt.

Wer die Austro-Pop-Ikone am 1. September (Einlass ab 19 Uhr) auf der Festung Kufstein live erleben will, der sollte am Gewinnspiel der Tiroler Arbeiterzeitung teilnehmen (siehe re.). Es erwartet Sie ein Konzert mit einem der besten Live-Entertainer Österreichs! Mehr unter lindermusic.at

OPERETTENSOMMER

Zigeunerbaron

Bereits seit einem Jahrzehnt wird die Festung Kufstein von bekannten und beliebten Klängen, mitreißenden Inszenierungen und wahren musikalischen Herzblut verzaubert. In diesem Sinne steht von 28. Juli bis 13. August 2017 die Operette „Der Zigeunerbaron“ von Johann Strauss auf dem Spielplan. Spielen Sie mit und gewinnen Sie mit etwas Glück zwei Karten für die Vorstellung am Samstag, 12. August, ab 19 Uhr oder Sonntag, 13. August, ab 17 Uhr (Wunschtermin angeben, s. re.!) und genießen Sie mit der Tiroler Arbeiterzeitung die weltberühmte Operette in der atemberaubenden Kulisse der Festung Kufstein.

Mitmachen & gewinnen.

Wenn Sie Karten für eine der Veranstaltungen gewinnen wollen, mailen Sie an ak@tirol.com, schicken ein Fax an 0512/5340 - 1290 oder schreiben an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Fendrich“ oder „Zigeunerbaron“ (Einsendeschluss 28.7.2017). Name, Adresse und Telefonnummer nicht vergessen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablöse möglich.

Auf die AK ist immer Verlass

Rat und Schutz. Arbeitnehmer haben einen starken Partner: Die AK hilft bei Problemen am Arbeitsplatz ebenso, wie bei Fragen zu Steuer-, Sozial- oder Mietrecht. Sie gewährt Rechtsschutz, fördert die Bildung.

FÜR JUNGE ELTERN

0800/22 55 22 – 1414 | 1616

Wenn ein Baby kommt, sind viele rechtliche Details zu beachten.

Ob Karenz, Kinderbetreuungsgeld, Zuverdienstgrenzen, Mutter- und Kündigungsschutz, Elternteilzeit, Papamonat und Wiedereinstieg in den Beruf: Wenn ein Baby unterwegs ist, stellen sich den werdenden Eltern viele Fragen, die es zu erörtern und abzuklären gilt. Die AK Spezialisten vom Arbeits- und Sozialrecht bieten Ihnen eine umfangreiche kostenlose Beratung an – maßgeschneidert auf die jeweilige persönliche Situation.

MIETEN, WOHNEN

0800/22 55 22 – 1717

Von den Spezialisten gibt es optimale Beratung zu Miet- und Wohnrecht.

Egal, ob es um den Kauf der eigenen vier Wände oder um eine neue Mietwohnung geht: Auf dem Weg zum individuellen Wohnraum können viele Stolpersteine lauern. Gut zu wissen, dass die AK Juristen bei Problemen und Unklarheiten weiterhelfen – auch wenn Mietverträge bzw. Bauträger- und Wohnungseigentumsverträge zu überprüfen sind, oder fachkundige Hilfe bei der Kontrolle von Betriebs- und Heizkostenabrechnung nötig ist.

BILDUNG

0800/22 55 22 – 1515

Die AK Bildungsprofis stehen Ihnen mit kompetentem Rat bei allen Fragen zur Seite.

Sie wollen sich beruflich aus- oder weiterbilden, wissen aber nicht, wie? Dann sind Sie bei den Experten der AK Tirol genau richtig. Ob Sie die Matura im 2. Bildungsweg nachholen möchten, Ihren Job wechseln oder den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben planen – die Bildungsprofis der AK wissen, was zu beachten ist. Ebenso erhalten Sie Auskunft zu Umschulung, Bildungskarenz oder Höherqualifizierung: Ganz egal welches Problem – die Experten gehen auf jeden Einzelnen ein, beachten die speziellen Interessen und Fähigkeiten und helfen, Stärken zu erkennen.

STEUERN SPAREN

0800/22 55 22 – 1466

Bei den Steuerprofis sind die Arbeitnehmer bestens aufgehoben.

Viele Tiroler Arbeitnehmer verschenken Geld, weil sie ihre steuerlichen Möglichkeiten nicht kennen. Der Fiskus freut sich jedes Jahr über mehr als 100 verschenkte Millionen. Nützen Sie deshalb als AK Mitglied die kostenlosen Angebote zum Steuersparen. Die Spezialisten stehen für Fragen zur Verfügung. Sie helfen außerdem bei der Berechnung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuerbeträgen bei freien Dienst- und Werkverträgen.

INFOS ZUR PENSION

0800/22 55 22 – 1616

Nach einem arbeitsreichen Leben ist finanzielle Absicherung wichtig.

Keine Panik, wenn Sie kurz vor dem wohlverdienten Ruhestand stehen: Damit es nach dem Berufsleben keine bösen Überraschungen gibt, wenden Sie sich am besten an die AK Fachleute. Sie beraten zu Alters-, Witwen- sowie zur Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspension, informieren über Wissenswertes zu Versicherungszeiten, die Ausgleichszulage und vieles mehr. Und sie kümmern sich auch um abgelehnte Pensionsanträge.

ÄRGER IM URLAUB

0800/22 55 22 – 1818

Ob Flugverspätung oder verlorenes Gepäck. Die AK kümmert sich darum.

Egal ob es um Reismängel und Reklamationen geht, Verspätungen beim Flug oder Problemen im Urlaub wie Krankheit oder Unfall: Die Experten der Arbeiterkammer stehen für alle Fragen bei Urlaub und Reise zur Verfügung und helfen schnell und kompetent. Gleichzeitig geben sie wertvolle Tipps, was vor Antritt einer Reise zu beachten ist, etwa in Bezug auf die Reisekasse, beim Mieten von Autos, dem Telefonieren bzw. Internetsurfen im Ausland oder beim Thema Versicherungen.

PROBLEME IM JOB

0800/22 55 22 – 1414

Der Arbeitsdruck steigt, die beruflichen Probleme nehmen zu. Die AK hilft.

Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz passieren jeden Tag: Zu wenig Lohn, unbezahlte Überstunden, Kündigung oder Entlassung. Dann helfen die Arbeitsrechtsexperten der Arbeiterkammer in Innsbruck oder direkt in Ihrem Bezirk weiter. Sie sind im Ernstfall für Sie da, notfalls auch vor Gericht. Viele Millionen Euro konnten bereits erkämpft werden. Hier finden Sie auch Rat bei allen Fragen rund um Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Urlaubsrecht etc.

IN NOT GERATEN

0800/22 55 22 – 1111

Der Unterstützungsfonds der Arbeiterkammer Tirol macht rasche Hilfe möglich.

Ein plötzlicher Schicksalsschlag kann jeden treffen: Wenn AK Mitglieder und deren Angehörige unverschuldet in Not geraten, hilft die Arbeiterkammer Tirol mit dem Unterstützungsfonds. Unter Berücksichtigung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse kann einmalig ein finanzieller Zuschuss gewährt werden. Dazu braucht es nur einen formlosen schriftlichen Antrag und Kopien der Unterlagen.



7 Euro pro Monat

Pro AK Mitglied erhält die AK aus den Sozialversicherungsbeiträgen im Schnitt 6,99 Euro monatlich. Durch diesen solidarischen Beitrag haben alle Beschäftigten eine starke Standesvertretung, die jedem Einzelnen Schutz und Hilfe bietet. Keinen Beitrag bezahlen Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte, Arbeitsuchende, Karenzierte und Präsenz- bzw. Zivildienstler. Für jeden Euro AK Beitrag erhalten die Mitglieder Leistungen in dreifacher Höhe zurück. Die AK Tirol genießt das höchste Vertrauen und die größte Kompetenz in der Bevölkerung. 92 von 100 AK Mitgliedern sind mit ihrer Standesvertretung „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“.

HILFE FÜR KONSUMENTEN

0800/22 55 22 – 1818

Unterstützung bei Problemen im Alltag wird immer wichtiger.

Abzocke im Internet, lästige Werbeanrufe, Fragen zu Garantie und Gewährleistung, horrenden Handy-Rechnungen oder verpatzte Urlaubsreisen: Die AK Konsumentenschützer sind für die Mitglieder die erste Anlaufstelle, wenn es um Rat und Hilfe bei Problemen im Alltagsleben geht. Und mit den kostenlosen Ausgaben des Magazins „Konsument“ sowie der „Tiroler Arbeiterzeitung“ sind Sie monatlich zusätzlich bestens informiert.

SO ERREICHEN SIE UNS

0800/22 55 22

Zögern Sie nicht, und kommen Sie mit Ihren Anliegen und Problem zu uns.

In der AK in Innsbruck oder in den Bezirkskammern erhalten Sie rasche Hilfe. Die Experten stehen Ihnen Mo. bis Fr. von 8 bis 12 Uhr, Mo. von 14 bis 16 Uhr und Mi. von 13 bis 17 Uhr zur Verfügung. Telefonische Beratung erhalten Sie Mo. bis Do. von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, am Fr. von 8 bis 12 Uhr sowie von 12.30 bis 16 Uhr (nur Hotline Arbeitsrecht DW 1414). Die Beratung ist für AK Mitglieder kostenlos!